

Sparkasse

A portrait of Claudia Kemfert, an energy expert, with her arms crossed. She has blonde, wavy hair and is wearing glasses and a dark blue blazer. The background is a plain, light-colored wall.

Immer am richtigen Ort

Wie Sparkassen ihre Filialnetze optimieren

Events zum Erbrecht

So erreichen Berater ältere Kunden

Glänzende Geschäfte

Was der neue Chef von Bijou Brigitte plant

KLIMASCHUTZ ALS CHANCE

Energieexpertin Claudia Kemfert sieht in den grünen Technologien große Potenziale – auch für Sparkassen



KLIMASCHUTZ I – TITELINTERVIEW

„Innovationen entstehen immer aus Krisen“

Klimaschutz lohnt sich, rechnet die Volkswirtin Claudia Kemfert Politikern und Unternehmen vor. Banken und Sparkassen empfiehlt die gefragte Energieexpertin vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) ein klares Bekenntnis zu grünen Technologien, mehr Risikofreude bei der Finanzierung und größtmögliche Transparenz bei der nachhaltigen Geldanlage.

SPARKASSE: Frau Professor Kemfert, Sie sind nicht „Öko“, sondern Ökonomin, schreiben Sie in einem Ihrer beiden Bücher zum Klimaschutz. Welche Botschaft steht hinter diesem Wortspiel?

Prof. Claudia Kemfert: Das Thema Klimawandel liegt mir persönlich am Herzen, dennoch bin ich kein „Öko“, da ich nicht ideologisch bin. Als Volkswirtin berechne ich mit meiner Abteilung am DIW die wirtschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels, etwa die Schäden, die auftreten können, wenn extreme Klimaereignisse zunehmen. Zugleich bewerten wir die volkswirtschaftlichen Konsequenzen von Klimaschutzpolitik, zum Beispiel der Einführung einer Ökosteuer oder des Emissionsrechtehandels. Auch die Auswirkungen einer Energiewende ermitteln wir als Wissenschaftler ganz pragmatisch. Es geht zudem nicht um Verzicht, sondern um die Vermeidung von Verschwendung, die „richtige“ Preissetzung – das heißt unter Einbeziehung von Wirkungen auf Umwelt und Natur – und die gezielte wirtschaftliche Anreizwirkung. Das bedeutet zum Beispiel: Auch die Kernenergie als CO₂-freie Technik kann eine Rolle spielen, was „Ökos“ zumeist überhaupt nicht gerne hören.

Lohnt Klimaschutz wirtschaftlich betrachtet?

Kemfert: Ja, absolut. Der gesamte Be-

reich der grünen Technologie ist ein unglaublicher Wachstumsmarkt, an dem ohnehin kein Weg vorbeiführt. Öl wird knapper und teurer und Gas wird auch irgendwann knapp und teurer. Kohle ist in der derzeitigen Form schon allein aus Klimaschutzgründen nicht zu vertreten. Wir brauchen künftig eine klimaschonende, sichere, aber auch bezahlbare Energieversorgung. Das heißt: Die Kohletechnologie muss umweltschonender werden, die erneuerbaren Energien müssen ausgebaut werden, wir müssen klimaschonende Antriebsstoffe und -techniken einsetzen. Wir benötigen eine dezentrale Energieherstellung und intelligente Netze, um die Energie effizient nutzen und verteilen zu können. Und wir brauchen auch solche kapitalintensiven und ehrgeizigen Projekte wie die Wüstenstrom-Initiative Desertec. All dies ist aus Kapitalgebersicht interessant.

Dabei gilt: Es geht um einen soliden und langfristigen Wachstumsmarkt. Das Schielen auf kurzfristige Renditen ist nicht angebracht. Viele große Investitionsprojekte haben eine lange Amortisationsdauer. Und auch wenn man etwa über Investitionen im Immobilienbereich spricht, muss man sich den gesamten Lebenszyklus der Immobilie anschauen, um zu sehen, dass sie sich rentieren.

Geht es um Ökonomie und Ökologie, wird weltweit immer wieder der ehemalige Weltbankökonom Sir Nicholas Stern zitiert, der mit seinem Report für die britische Regierung auch in der Wirtschaftswelt großes Aufsehen erregt hat. Was ist das Eindrucksvolle an seinem Bericht?

Kemfert: In dem sogenannten Stern-Report geht es darum, dass die Veränderung des Klimas und damit einhergehende Dürren, Stürme oder extreme Niederschläge volkswirtschaftlich hohe Kosten verursachen, bis zu 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den nächsten hundert Jahren. Das ist eine astronomische Größenordnung, die zeigt: Vor allem, wenn wir nichts tun, kommt uns das teuer zu stehen. Zudem zeigt auch dieser Report deutlich: Klimaschutz lohnt sich nicht nur, um diese Schäden zu vermeiden, sondern auch aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Wer heute geschickt investiert, ist langfristig auf der sicheren Seite. Auch wenn es kurzfristig zweifelsohne sehr hoher Investitionen bedarf. Schließlich haben wir einen Umbau des gesamten Energiesystems vor uns.

Sind diese Botschaften in der Wirtschaftswelt angekommen?

Kemfert: Ja, das sind sie. Ich arbeite schon lange an dem Thema und weiß, dass das in der Vergangenheit anders war. Da haben viele Firmen gesagt: Klimaschutz kostet viel zu viel Geld und auch Arbeitsplätze. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Klimaschutz schafft Arbeitsplätze. Bis zu einer Million zusätzliche Arbeitsplätze sind in den kommenden zehn Jahren in Deutschland möglich. Viele Unternehmen haben die Zeichen der Zeit erkannt, und die großen Global Player liefern sich nun regelrecht ein Wettrennen um die besten und innovativsten Lösungen zum Umbau des Energiesystems und der Mobilität. Dabei kommt es ihnen gar nicht mehr darauf an, was die globale Klimapolitik beschließt.

Zur Person

Prof. Dr. Claudia Kemfert (41) leitet die Abteilung für Energie, Umwelt und Verkehr am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und ist Professorin für Energie-Ökonomie und Nachhaltigkeit an der privaten Universität Hertie School of Governance in Berlin. Die Energieexpertin berät unter anderem die EU, die Weltbank und die Vereinten Nationen. Sie ist offizielle Gutachterin des Intergovernmental Panel of Climate Change (IPCC). Kemfert hat Wirtschaftswissenschaften

in Bielefeld, Oldenburg und Stanford studiert. Im Anschluss an ihre Promotion 1998 an der Universität Oldenburg forschte sie an der Fondazione Eni Enrico Mattei (FEEM) in Mailand. In dieser Zeit war sie erstmals als Politikberaterin im Einsatz. Als Juniorprofessorin hat sie von 2000 bis 2004 eine Forschungsgruppe an der Universität Oldenburg geleitet. 2004 wurde sie als erste Juniorprofessorin Deutschlands an der Berliner Humboldt-Universität auf eine ordentliche Professur berufen.

Hat die Finanzkrise die Investitionen in den Klimaschutz negativ beeinflusst?

Kemfert: Diesen Eindruck habe ich nicht. Ich habe viele große Unternehmen besucht. Alle berichten von großen Investitionen. Vielleicht hat sich das durch die Finanzkrise zeitlich ein wenig nach hinten verschoben. Aber der grundsätzliche Turnaround hat stattgefunden und viele sehen das Thema Klimaschutz auch gerade in der Krise als große Chance. Schließlich kann die deutsche Wirtschaft wie kaum eine andere profitieren und Weltmarktpotenziale, etwa bei den erneuerbaren Energien und innovativen Kraftwerkstechnologien, aber auch in den Bereichen Müllverarbeitung, Recycling und Wasseraufbereitung, ausbauen.

Insofern ist die Finanz- und Wirtschaftskrise auch ein enormer Weckruf. Aus der volkswirtschaftlichen Theorie wissen wir, dass fundamentale Innovationen immer aus Krisen entstehen – so schrecklich das auch klingen mag. Gerade stehen wir an einem solchen Wendepunkt: Wir müssen uns von den fossilen Energien verabschieden und nur durch bahnbrechende Innovationen werden wir die Wende schaffen.

Die Förderung der erneuerbaren Energien bezeichnen Sie als Erfolgsgeschichte. Warum?

Kemfert: Zunächst einmal muss man wissen: Die erneuerbaren Energien helfen zwar, CO₂ einzusparen. Die Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist jedoch primär kein Instrument des Klimaschutzes – als solches wäre sie auch sehr teuer –, sondern ein Instrument der Industriepolitik. Dieses soll helfen, uns unabhängiger von Energie-Importen zu machen, vor Ölpreisschocks zu bewahren und die Versorgungssicherheit vor Ort zu erhöhen. Eine Erfolgsgeschichte ist die Förderung, weil sie die Verbreitung der erneuerbaren Energien wesentlich beschleunigt, Arbeitsplätze geschaffen und uns einen globalen Wettbewerbsvorteil gebracht hat. Es gibt auch kaum ein Land in der Welt, das dieses Instrument nicht kopiert. In fast ganz Europa gibt es eine solche Förderung. In vielen Ländern wie den USA und China ist sie in Planung. Für den erforderlichen Systemwechsel in Deutschland ist es auch notwendig, an der Förderung festzuhalten. Nur so kann im Jahr 2020 der gesamte Elektrizitätsbedarf zu gut einem Drittel aus Ökostrom gedeckt werden.

Aber es gibt auch Kritiker der Förderung. Was sind deren Argumente?

Kemfert: Kritiker sagen, die Branche sei zu bequem geworden, gesunkene Kosten würden nicht an die Verbraucher weitergegeben und es würde zu wenig in Innovationen investiert. Dies ist so nicht richtig. Zum einen hat man die Fördersätze insbesondere für Photovoltaik reduziert, da die Herstellungskosten



Fordert mehr Risikobereitschaft bei Umweltprojekten: Energieexpertin Kemfert im Interview.

gesunken sind. Zum anderen investiert die Branche sehr wohl in hochqualitative Innovationen. Sicherlich hat der Wettbewerb aus Fernost zugenommen, deutsche Konzerne sind aber noch immer sehr gut aufgestellt. Das zweite wesentliche Argument besagt, dass Subventionen grundsätzlich falsch sind, der Markt sollte alles alleine regeln. Aber hier kann ich nur entgegen: Wir hätten weltweit überhaupt keine Energieversorgung, wenn wir nicht bereit gewesen wären, Subventionen dafür zu zahlen. Die Atomenergie haben wir subventioniert, die Kohleenergie und auch den Ausbau der Netze. Energieversorgung ist ja ein zentrales Gut und die Gesellschaft zahlt auch für die Bereitstellung. Zudem wissen wir generell, dass Finanzanreize besser funktionieren als Verbote. Negativanreize sind sehr viel schwieriger, da drohen Konzerne sofort mit Abwanderung ins Ausland. Positivanreize wirken gut.

Gäbe es einen weltweit einheitlichen Emissionsrechtehandel, so heißt es häufig, bräuhete man die Förderung der erneuerbaren Energien nicht mehr. Ist das ein realistisches Szenario?

Kemfert: Nein, das ist es nicht. Erstens wird es den Emissionsrechtehandel global aller Wahrscheinlichkeit nach nicht geben, das ist viel zu schwer umzusetzen. Zweitens bin ich, obwohl ich Marktökonomin bin, skeptisch, dass es aus dem

Emissionsrechtehandel jemals genügend Anreize geben kann, um eine Investition in erneuerbare Energien attraktiv zu machen. Man müsste dazu einen Preis von über 100 Euro pro Tonne CO₂ erreichen – mindestens. Und das wird sich politisch nicht durchsetzen lassen.

Insgesamt muss man also zu dem Schluss kommen: Ohne Anschubfinanzierung wird der Umbau nicht funktionieren. Das gilt auch für innovative und klimaschonende Antriebe im Bereich Mobilität. Auch hier braucht man zu Anfang sehr viel Geld von privaten Kapitalgebern. Aber man braucht auch Kaufanreize für die Konsumenten, denn zu Beginn sind die Fahrzeuge teurer. Dennoch sollte es natürlich nicht um eine Dauersubventionierung gehen. Wenn sich eine Technik am Markt etabliert hat und sich lohnt, braucht man die Förderung nicht mehr. Genau das macht man ja auch bei der Förderung der erneuerbaren Energien.

Was wünschen Sie sich von Banken und Sparkassen?

Kemfert: Ich wünsche mir, dass bei Banken und Sparkassen das Bewusstsein dafür wächst, dass wir private Investoren für den Energieumbau brauchen und dass Banken dabei eine wichtige Vermittlerrolle haben. Sie sollten den Anlegern die bestehenden Chancen deutlich machen. Zudem wünsche ich mir von den

„Es ist richtig, wenn sich die Sparkassen kommunal für die erneuerbaren Energien einsetzen – und zwar nicht nur für Wind- und Solaranlagen, sondern auch für den Ausbau der Netze und ihre intelligente Steuerung.“

Claudia Kemfert

Banken eine stärkere Risikobereitschaft. Denn es geht beim Thema Klimaschutz ja auch um ganz neuartige Techniken und Projekte, die sich am Anfang nicht unbedingt rentieren.

Ein richtiger Weg ist es auf jeden Fall, wenn sich die Sparkassen kommunal für die erneuerbaren Energien einsetzen. Und nicht nur für Wind- und Solaranlagen, sondern auch für den Ausbau der Netze und ihre intelligente Steuerung. Denn bei den erneuerbaren Energien haben wir ja das Problem, dass der Wind nicht immer weht und die Sonne nicht immer scheint und dass diese Schwankungen ausgeglichen werden müssen. Ein Bürgersolarfonds allein reicht somit nicht aus. Es braucht ein übergreifendes Energiekonzept.

Es gibt eine Studie, nach der die Verbraucher Geldinstitute gar nicht so sehr mit Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Verbindung bringen. Was können Banken und Sparkassen tun, um sich besser zu positionieren?

Kemfert: Es ist sicher sehr wichtig, die Kunden hier umfassend zu informieren und auch ganz aggressiv mit der Thematik zu werben. Das lohnt sich, wie man sehr gut an Banken wie der Umweltbank und der GLS Bank sehen kann, die ausschließlich in nachhaltige Bereiche investieren. Diese sind aus der Finanzkrise heraus die großen Gewinner.

Warum ist das so?

Kemfert: Weil die Menschen sich heute sagen: Ich investiere doch lieber in Zukunftsmärkte als in windige und kurzfristige Finanzprodukte, die enorme Renditen versprechen und dann plötzlich nichts mehr wert sind. Meine Wahrnehmung ist, dass die nachhaltigen Banken sehr transparent sind und die Menschen das auch sehr schätzen. Das lässt sich auf alle anderen Banken übertragen: Durch Transparenz und die gezielte Ausrichtung hin zu mehr Nachhaltigkeit kann man Vertrauen gewinnen. In diesem Punkt könnte meiner Ansicht nach eine selbst definierte Quote sehr gut helfen. Dann kann man dem Kunden etwa sagen: Bei uns fließen 30 Prozent des Geldes in nachhaltige Projekte und Unternehmen.

Wie kann der Kunde erkennen, dass ein Finanzprodukt wirklich nachhaltig ist?

Kemfert: Auch hier hilft nur Transparenz. Dem Kunden sollte erklärt werden, wo das Geld ganz konkret hinfließt, und das durch einfache und klare Informationen. Er darf nicht von zu vielen Informationen überfordert werden, sondern soll wissen, was für ihn wichtig ist. Viele Menschen sagen: Ich möchte auch, dass mein Geld vor Ort bleibt, damit hier Arbeitsplätze entstehen. Hier sind vor allem lokale und kommunale Anbieter wie die Sparkassen gefragt.

Das Thema Klimaschutz ist zweifelsohne wichtig, aber es ist auch im Trend. Besteht nicht die Gefahr, dass Unternehmen und Finanzinstitute diese Popularität in erster Linie für ihr Image nutzen, also sogenanntes Greenwashing betreiben?

Kemfert: Das gibt es und das gilt es zu identifizieren. Auch Banken sollten darauf achten, dass sie nicht Unternehmen fördern, die Greenwashing betreiben. So muss ausgeschlossen werden, dass sich ein großer Energiekonzern, der 80 Prozent des Stroms aus Kohletechnologie gewinnt und zwei Prozent aus erneuerbaren Energien, in einem grünen Portfolio wiederfindet, nur weil er plötzlich mit Strom aus erneuerbaren Energien wirbt. Hier sollten die Banken ganz klar klassifizieren: Was ist wirklich nachhaltig? Wo geht das Geld hinein? Welche Kriterien wurden angelegt? Und dann sollten konsequent nur diejenigen Unternehmen genommen werden, die wirklich nachhaltig agieren. Es braucht und es gibt auch bereits gute Nachhaltigkeitsratings, bei denen die Unternehmen genau gescreent werden, ob sie wirklich nachhaltig agieren oder ob sie das nur behaupten.

Wie steht es mit dem Wort „klimaneutral“? Dieses kann ja auch in die Irre führen, weil es eben nicht bedeutet, dass zum Beispiel bei der Produktion keine CO₂-Emissionen entstehen.

Kemfert: Von Freunden wurde mir die Patenschaft für das Wort „klimaneutral“ geschenkt und als Wortpatin muss ich es schützen. Das tue ich sehr gerne und will auch erklären warum: Klimaneutral


meint, dass verursachte CO₂-Emissionen wieder ausgeglichen werden, etwa durch Spenden in Klimaschutzprojekte, die an anderer Stelle die Entstehung von Treibhausgasen vermeiden. Das ist zu begrüßen, denn dem Klima ist es egal, wo die Treibhausgase eingespart werden. Hauptsache, sie werden eingespart.

Es geht also nicht um einen Ablasshandel im Sinne von „sich freikaufen“ – wie die Kritiker behaupten?


Kemfert: Nein, es geht um eine sinnvolle Kompensation. Schließlich muss man aus volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten auch sehen, dass der Ansatz des Verzichts problematisch ist. Er hat zur Folge, dass ganze Branchen in große Schwierigkeiten geraten können, zum Beispiel der Flugverkehr oder der Tourismus. So wissen wir etwa bei Flugreisen, dass wir pro Passagier einen hohen CO₂-Ausstoß verursachen. Und natürlich muss es langfristig darum gehen, Treibhausgase zu vermindern und auch für den Luftverkehr alternative Antriebsstoffe zu finden. Aber bis wir diese haben, ergibt es Sinn, zu kompensieren. Und auch hier bin ich wieder Ökonomin und nicht „Öko“: Ich selbst zahle meine Spenden gleich beim Ticketkauf mit. Ein Flug nach Rom kostet dann neun Euro mehr, nach San Francisco sind es 74 Euro. Genau das ist ökologisch und ökonomisch sinnvoll. ■

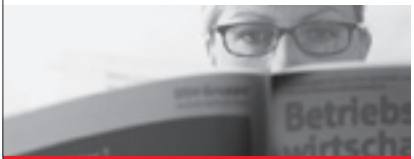
Das Gespräch führte Andrea Bittelmeyer.

Anzeige



Deutscher
Sparkassenverlag





Ihr Gutschein
frei Haus!

„Betriebswirtschaftliche Blätter“ – das Fachmagazin für Unternehmensführung und Betriebsorganisation.

Ausfüllen – faxen – kostenlos Probelesen.

Name, Vorname _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel./E-Mail _____

Telefax: 0711 782-2209